

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz		Sitzungsprotokoll L-22 Christian Dreyer	
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag: 29.08.2017	Sitzungsbeginn: 14.30 Uhr	Sitzungsende: 17.05 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert			

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 06.06.2017
TOP 3	Jahresbericht 2016 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen
TOP 4	Public Corporate Governance Kodex (PCGK-FHB)
TOP 5	Qualität der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland durch Sanvartis - Bericht
TOP 6	Umsetzung des Präventionsgesetzes (PrävG) in Bremen
TOP 7	Entwurf einer Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über das Leichenwesen
TOP 8	Entwurf eines Erlasses der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Berufung und den Aufgabenbereich der ehrenamtlichen Sachverständigen für die Apothekenüberwachung
TOP 9	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Psychiatrieausschuss des Landes Bremen
TOP 10	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen
TOP 11	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher – Neuberufung
TOP 12	Entwurf einer Verordnung über die Anforderungen an die Qualifikation des Leichenschauarztes oder der Leichenschauärztin
TOP 13	IT-Bedarfe für das Gesundheitsamt Bremen, die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen und das Eichamt des Landes Bremen
TOP 14	Verlagerung von Haushaltsmitteln des Produktplans 51 (Gesundheit) in den Produktplan 92 (Allgemeine Finanzen) zwecks Kapitalaufstockung in der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo)
TOP 15	Krankenhausinvestitionsprogramm 2017 gemäß § 9 Absatz 2 Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG)
TOP 16	Berichtsbitte Bündnis 90/Die Grünen zur Neonatologie Bremerhaven
TOP 17	Mündlicher Bericht zu mit Fipronil belasteten Eiern
TOP 18	Verschiedenes

TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung

Herr Staatsrat Kück bittet darum, die Beratung über den Entwurf einer Verordnung über die Anforderungen an die Qualifikation des Leichenschauarztes oder der Leichenschauärztin (TOP 12) auszusetzen und die Beratung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz setzt die Beratung über den Entwurf einer Verordnung über die Anforderungen an die Qualifikation des Leichenschauarztes oder der Leichenschauärztin (TOP 12) aus und vertagt die Beratung auf die nächste Sitzung. Im Übrigen beschließt die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz die vorgeschlagene Tagesordnung.

TOP 2 | Protokoll der Sitzung vom 06.06.2017

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 06.06.2017 zu.

**TOP 3 | Jahresbericht 2016 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen
(Vorlage L-92-19)**

Herr Dr. Klein (kommissarischer Leiter der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen) führt in den Jahresbericht ein und erläutert, dass trotz der angespannten Personalsituation zahlreiche neue Aufgaben hinzugekommen sind. Viel Personal wird laut Herrn Dr. Klein durch das bundesweite Projekt „Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie“ gebunden. Herr Dr. Klein führt aus, dass im Vordergrund die Verhinderung von Arbeitsunfällen und von Erkrankungen am Arbeitsplatz steht – primär ist daher bei der Organisation des Arbeitsschutzes anzusetzen.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) dankt für den guten Bericht und lobt die anekdotischen Anmerkungen.

Frau Dehne (SPD) lobt den umfangreichen und gut lesbaren Bericht.

Frau Grobien (CDU) dankt für den gelungenen und umfangreichen Bericht.

Herr Schober (DIE LINKE) erkundigt sich nach Aufgaben, die aufgrund der angespannten Personalsituation nicht mehr vollumfänglich wahrgenommen werden können.

Herr Dr. Gottwald (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz) erläutert, dass die Kernaufgaben wahrgenommen werden. Ansonsten werden laut Herrn Dr. Gottwald die Aufgaben nach deren Priorität bearbeitet.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt dankt für den umfangreichen und gut gelungenen Bericht.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Jahresbericht 2016 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

TOP 4 | **Public Corporate Governance Kodex (PCGK-FHB)**
(Vorlage L-102-19)

Herr Erlanson (**DIE LINKE**) bedauert, dass keine verbindliche Frauenquote für die Kontrollorgane aufgenommen wurde.

Frau Dr. Kappert-Gonther (**Bündnis 90/Die Grünen**) teilt die Bedenken und führt aus, dass man es begrüßt hätte, wenn eine konkrete verbindliche Frauenquote in den Kodex aufgenommen worden wäre.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die ab dem 01.01.2018 gültige Neufassung des Public Corporate Governance Kodex der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

TOP 5 | **Qualität der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland durch Sanvartis – Bericht**
(Vorlage L-95-19)

Frau Dr. Kappert-Gonther (**Bündnis 90/Die Grünen**) erläutert den Hintergrund der Berichtsbitte und führt aus, dass nach Auswertung des Berichts erkennbar ist, dass die Beratungen für das Land Bremen deutlich zurückgegangen sind – insbesondere die „vor Ort Beratung“. Dies sei laut Frau Dr. Kappert-Gonther kritisch zu beurteilen.

Herr Bensch (**CDU**) bittet darum, dass der Beschlussvorschlag zu 2. die Evaluation betreffend, um zwei Punkte erweitert wird: um ein zusätzliches Bewertungskriterium „Bekanntheitsgrad“ sowie die Beteiligung der Patientinnen- und Patientenvertreter in geeigneter Weise.

Frau Dehne (**SPD**) schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Kappert-Gonther an, gibt aber mit Blick auf die Ausführungen von Herrn Bensch zu bedenken, dass sich die Messung und Bewertung des Bekanntheitsgrades als schwierig erweisen dürfte. Frau Dehne teilt mit, dass dem Beschlussvorschlag, auch mit den Ergänzungen, zugestimmt wird.

Herr Dr. Dr. Buhlert (**FDP**) führt aus, dass dem Beschlussvorschlag, auch mit den Ergänzungen, zugestimmt wird. Herr Dr. Dr. Buhlert gibt ebenfalls zu bedenken, dass sich die Messung und Bewertung des Bekanntheitsgrades als schwierig erweisen dürfte. Sobald dem Ressort neue Zahlen/Berichte zur UPD vorliegen bittet Herr Dr. Dr. Buhlert, diese der Deputation zur Kenntnis zu

geben. Zudem sollte nach Ansicht von Herrn Dr. Dr. Buhler der Bund dazu bewegt werden, seinen Auftragnehmer in die Pflicht zu nehmen, dessen Bekanntheitsgrad und die Qualität zu steigern.

Herr Erlanson (DIE LINKE) merkt an, dass auch die Fraktion DIE LINKE dem Beschlussvorschlag mit den Ergänzungen zustimmen wird.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt aus, dass bei einer Neuausschreibung darauf gedrängt wird, dass das Element des „persönlichen Gespräches“ stärkere Beachtung findet. Dies war laut Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt die Stärke des bremischen Angebotes, welches durch die Neustrukturierung ins Hintertreffen geraten ist. Zudem begrüßt Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt den Vorschlag einer stärkeren Einbeziehung der Patientinnen- und Patientenvertreter bei der Evaluation und gibt ebenfalls zu bedenken, dass sich die Messung und Bewertung des Bekanntheitsgrades als schwierig erweisen dürfte. Zum weiteren Vorgehen teilt Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt mit, dass nun einerseits die verantwortliche Stelle beim Bund angeschrieben wird, um über die Veränderungen in Bremen seit 2014 zu berichten, und daneben mit der Beratungsstelle in Bremen die Frage diskutiert wird, wie sie selber ihre Arbeit bewertet. Dann sollte das Thema nach den Ausführungen von Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt, auch vor dem Hintergrund der Zahlen in 2017, hier nochmal gemeinsam erörtert werden.

Herr Bensch (CDU) weist darauf hin, dass man bei dem „Bekanntheitsgrad“ mit Zielzahlen arbeiten kann, ist aber bereit, diesen Ergänzungswunsch zurückzunehmen.

Beschluss (einstimmig zu Ziffer 2):

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die in der Vorlage genannten Berichte zur Kenntnis.
2. Die Unabhängige Patientenberatung ist vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2022 an die UPD gGmbH vergeben worden. Die staatliche Deputation Gesundheit und Verbraucherschutz bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Jahr 2020 eine Evaluation der Beratertätigkeit der UPD unter Einbezug der Patientinnen- und Patientenvertreter vorgenommen wird, um rechtzeitig auf das Ausschreibungsverfahren im Jahr 2021 nach § 65b Abs. 1 SGB V Einfluss nehmen zu können.

TOP 6 | **Umsetzung des Präventionsgesetzes (PrävG) in Bremen
(Vorlage L-99-19 – Neufassung)**

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den Hintergrund der Berichtsbitte und führt aus, dass sich der Vorlage gut entnehmen lässt, worauf sich in Bremen konzentriert werden soll. Die Frage ist laut Frau Dr. Kappert-Gonther nun, was hiervon wirklich bei den Menschen ankommt. Frau Dr. Kappert-Gonther bittet daher um Ergänzung des Beschlussvorschlages dahingehend, dass zum 3. Quartal 2018 ein Bericht über den qualitativen und quantitativen Nutzen der Maßnahmen nach dem Präventionsgesetz vorgelegt wird.

Herr Erlanson (DIE LINKE) stimmt dem erweiterten Beschlussvorschlag zu – findet allerdings den bisherigen Umsetzungsstand sehr enttäuschend und hätte sich einen umfassenderen Bericht gewünscht.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt stellt klar, dass die senatorische Dienststelle hinsichtlich

der Verteilung der Gelder aus dem Präventionsgesetz nicht die Federführung hat, sondern lediglich beteiligt ist. Vielmehr ist es ein Riesenerfolg laut Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt, dass sich die Krankenkassen auf das Thema „Lebenswelten“ verständigt haben und eine gemeinsame Verständigung zu den Präventionsfachkräften an Schulen stattgefunden hat. Es habe zudem ein partizipativer Prozess mit allen beteiligten Akteuren stattgefunden.

Herr Bensch (CDU) teilt mit, dass dem erweiterten Beschlussvorschlag zugestimmt werden kann.

Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass sich dem Bericht unter Ziffer 2.1. zwar ein Hinweis auf Übergewicht und Adipositas entnehmen lässt, er sich aber weitergehende Ausführungen rund um das Thema „Ernährung und Gesundheit“ gewünscht hätte.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt aus, dass das Thema Ernährung in der „AG Gesunde Stadtteile“ ein wichtiges und zentrales Thema ist auch im Übrigen bisher immer Bestandteil der Überlegungen gewesen ist.

Frau Dehne (SPD) dankt für den vorgelegten Bericht und freut sich auf den kommenden Bericht.

Herr Staatsrat Kück stellt noch einmal zu Ziffer 2.1. unter „Finanzierung“ klar, dass das Land Bremen das Vorhaben im Haushaltsentwurf für die Jahre 2018 und 2019 mit jeweils 200.000 EURO unterstützt und planerisch für das Jahr 2020 ebenfalls 200.000 EURO vorgesehen sind.

Beschluss (einstimmig zu Ziffer 2):

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Sachstandsbericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Umsetzung des Präventionsgesetzes im Land Bremen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz bis zum 3. Quartal 2018 einen Bericht über den qualitativen und quantitativen Nutzen der Maßnahmen nach dem Präventionsgesetz vorzulegen.

TOP 7	Entwurf einer Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über das Leichenwesen (Vorlage L-89-19)
--------------	---

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über das Leichenwesen zu.

TOP 8	Entwurf eines Erlasses der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Berufung und den Aufgabenbereich der ehrenamtlichen Sachverständigen für die Apothekenüberwachung (Vorlage L-97-19)
-------	---

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf eines Erlasses der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Berufung und den Aufgabenbereich der ehrenamtlichen Sachverständigen für die Apothekenüberwachung zu.

TOP 9	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Psychiatrieausschuss des Landes Bremen (Vorlage L-94-19)
-------	---

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Psychiatrieausschuss des Landes Bremen zu.

TOP 10	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen (Vorlage L-88-19)
--------	--

Herr Bensch (CDU) bittet um Mitteilung, warum auf Seite 2 der Vorlage nicht der Anregung der Ärztekammer gefolgt wurde sondern an der zeitlichen Vorgabe von 16 Stunden im Rahmen der Fortbildungspflicht festgehalten wird. Herr Bensch erkundigt sich ferner danach, wie viele ausgebildete Krankenhaushygienikerinnen und Krankenhaushygieniker es in Bremen derzeit gibt.

Frau Dr. Offenhäuser (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz) teilt mit, dass mit den 16 Stunden im Rahmen der Fortbildungspflicht eine Mindestanforderung formuliert werden sollte und erläutert darüber hinaus die wesentlichen Punkte der Änderungsverordnung. Frau Dr. Offenhäuser führt ferner aus, dass es derzeit noch nicht ausreichend Krankenhaushygienikerinnen und Krankenhaushygieniker gibt. Hier müssen die Krankenhäuser weitere nachweisbare Anstrengungen unternehmen, um die Zielzahlen zu erreichen. Hinsichtlich der Hygienefachkräfte sind die Krankenhäuser laut Frau Dr. Offenhäuser gut aufgestellt.

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen zu.

TOP 11	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher – Neuberufung (Vorlage L-98-19)
--------	--

Beschluss (einstimmig):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die Berufung der stellvertretenden Patientenfürsprecherin für die in der Vorlage genannte Klinik für die Dauer von vier Jahren vor.

TOP 12	Entwurf einer Verordnung über die Anforderungen an die Qualifikation des Leichenschauarztes oder der Leichenschauärztin (Vorlage L-93-19) - ausgesetzt
--------	---

TOP 13	IT-Bedarfe für das Gesundheitsamt Bremen, die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen und das Eichamt des Landes Bremen (Vorlage L-100-19)
--------	---

Herr Staatsrat Kück führt in die Vorlage ein und erläutert, dass die freizugebenden Mittel erforderlich sind, um, wie vom Senat beschlossen, den IT-Betrieb zu standardisieren und bei Dataport zu zentralisieren.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) merkt an, dass sich die Fraktion der FDP bei der Abstimmung enthalten wird, da man prüfen sollte, ob man Funktionen/Aufgaben von Ämtern mit denen in umliegenden Bundesländern zusammenlegen könnte.

Herr Bensch (CDU) teilt mit, dass sich auch die Fraktion der CDU enthalten wird, da man noch viele Fachfragen hat, die aber über den Rahmen der Deputationssitzung hinausgehen und daher ggf. im Haushalts- und Finanzausschuss zur Sprache kommen.

Frau Dr. Hanke (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz) stellt klar, dass es sich um ein formales Verfahren handelt, die Bedarfe unstrittig sind und es um die Umsetzung des Senatsbeschlusses geht. Bei den Ämtern die Fachanwendungen nutzen ist nach den Ausführungen von Frau Dr. Hanke die IT-Migration zu Dataport mit finanziellem Mehraufwand verbunden. Die freizugebenden Mittel befinden sich laut Frau Dr. Hanke bei der Senatorin für Finanzen in einem Pool und dienen dazu, den Mehraufwand auszugleichen. Frau Dr. Hanke führt aus, dass im Vorfeld geprüft wurde, ob eine Kooperation mit anderen Bundesländern unter Beauftragung eines anderen externen IT-Dienstleisters in Frage kommt. Diese Möglichkeit wurde aber laut Frau Dr. Hanke mit Blick auf Bedenken betreffend die Datensicherheit verneint.

Beschluss (mehrheitlich, bei Enthaltung der Fraktion der CDU und der FDP):

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt den finanziellen Bedarfen für den IT-Betrieb des Gewerbeaufsichtsamtes des Landes Bremen und des Eichamtes des Landes Bremen zu.
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die Entsperrung und Nachbewilligung durch den Haushalts- und Finanzausschuss zu erwirken.

TOP 14 | **Verlagerung von Haushaltsmitteln des Produktplans 51 (Gesundheit) in den Produktplan 92 (Allgemeine Finanzen) zwecks Kapitalaufstockung in der Gesundheit Nord gmbH (GeNo) (Vorlage L-101-19)**

Herr Bensch (CDU) erkundigt sich nach dem Hintergrund der Kapitalerhöhung.

Herr Staatsrat Kück führt in die Vorlage ein und erläutert, dass die in Rede stehenden Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung eher irrtümlich auf die entsprechende Haushaltsstelle des Gesundheitsressorts veranschlagt wurden. Durch die in der Vorlage formulierte Verlagerung der Haushaltsmittel soll nach den Ausführungen von Herrn Staatsrat Kück dieser Vorgang „geheilt“ werden. Es geht laut Herrn Staatsrat Kück nicht darum, dass der GeNo für das KBO Mittel entzogen werden sollen, da die der GeNo zufließenden Mittel zweckgebunden für das KBO zu verwenden sind.

Beschluss (mehrheitlich, bei Enthaltung der Fraktion der CDU und der FDP):

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der Verlagerung von Haushaltsmitteln des Ressorts Gesundheit in Höhe von 2 Mio. € aus der Haushaltsstelle 0520.891 40-4 „Investitionen an das Klinikum Bremen-Ost“ zugunsten des Klinikums Bremen-Ost in die Haushaltsstelle 3986.831 11-7 „Kapitalerhöhungen (Kliniken)“ des Finanzressorts zu.

TOP 15 | **Krankenhausinvestitionsprogramm 2017 gemäß § 9 Absatz 2 Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG) (Vorlage L-96-19)**

Herr Staatsrat Kück führt in die Vorlage ein und weist darauf hin, dass das Bundesland Bremen im Vergleich der Bundesländer in 2015 (Krankenhausinvestitionen pro Bett, pro Fall und pro Einwohner) jeweils einen der vordersten Plätze einnimmt.

Herr Bensch (CDU) stellt fest, dass in den letzten Jahren alle Bundesländer zu wenig in die Krankenhäuser investiert haben und die Krankenhäuser hierdurch gezwungen werden, insbesondere beim Personal zu sparen. Da die Vorlage nicht mitgetragen werden kann und die CDU für eine grundsätzlich andere Krankenhauspolitik steht kündigt Herr Bensch Enthaltung bei der Abstimmung an.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) merkt an, dass die FDP eine monistische Krankenhausfinanzierung bevorzugen würde, der Vorlage aber zugestimmt werden kann.

Frau Dehne (SPD) dankt für die Vorlage und führt aus, dass auch die Fraktion der SPD Interesse an einer monistischen Krankenhausfinanzierung hat und der Vorlage zugestimmt wird.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt, dass der Einfluss und die Selbstbestimmung der Krankenhäuser welche Investitionsmaßnahmen getätigt werden gestärkt wurde und führt aus, dass der Vorlage zugestimmt wird. Frau Dr. Kappert-Gonther betont, dass sich auch Bündnis 90/Die Grünen für eine monistische Krankenhausfinanzierung einsetzen.

Beschluss (mehrheitlich, bei Enthaltung der Fraktion der CDU):

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Investitionsprogramm 2017 und der vorgesehenen Mittelverwendung zu.
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt zu, die im Haushaltsjahr 2017 ggf. nicht vollständig abfließenden investiven Fördermittel zur vorzeitigen Ablösung bestehender Haushaltsverpflichtungen zu Gunsten der geförderten Krankenhäuser zu verwenden.

**TOP 16 | Berichtsbite Bündnis 90/Die Grünen zur Neonatologie Bremerhaven
(mündlicher Bericht)**

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den Hintergrund der Berichtsbite und führt aus, dass sie gehört hat, dass es Unsicherheiten in Bezug auf die Zukunft der neonatologischen Versorgung in Bremerhaven geben solle. Frau Dr. Kappert-Gonther bittet ferner um Mitteilung, welche Anträge die Kliniken an die Planungsbehörde gestellt haben und wie diese beschieden worden sind.

Herr Staatsrat Kück stellt klar, dass es sich hierbei um Gerüchte handelt. Die Neonatologie werde weiterhin durch AMEOS betrieben. Derzeit gibt es nach den Ausführungen von Herrn Staatsrat Kück keine Anhaltspunkte dafür, dass die Neonatologie am Klinikum Reinkenheide nicht weiter betrieben werden soll. Sollte AMEOS zu der Auffassung gelangen den Versorgungsauftrag zu kündigen, ist dies laut Herrn Staatsrat Kück nur durch einen Antrag an die zuständige Landesbehörde mit einer Frist von einem Jahr möglich.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 17 | Mündlicher Bericht zu mit Fipronil belasteten Eiern

Herr Dr. Lenz (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz) berichtet zum derzeitigen Sachstand und führt aus, dass die im Handel befindlichen Eier zurückgerufen und die Vertriebskanäle ermittelt werden. Der Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen (LMTVet) überwache das Geschehen eng. Nach den Ausführungen von Herrn Dr. Lenz sollten jetzt keine kontaminierten Eier mehr auf dem Markt sein. Bremen sei über die Warenströme nur am Rande betroffen. Die amtlichen Kontrollen richten sich laut Herrn Dr. Lenz jetzt schwerpunktmäßig auf die weiteren Verarbeitungsstufen, d.h. auf die aus ggf. kontaminierten Eiern hergestellten Erzeugnisse. Im Zuge dessen haben die Bundesländer zusammen mit dem Bund ein Untersuchungsprogramm aufgelegt, wonach ca. 800 Proben von Verarbeitungserzeugnissen in den Bundesländern genommen und untersucht werden. Herr Dr. Lenz führt aus, dass sich das Land Bremen mit 15 Proben beteiligt. Die Untersuchung der Proben aus Bremen wird laut Herrn Dr. Lenz im Rahmen der Norddeutschen Kooperation im Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) in Oldenburg vorgenommen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 18 | Verschiedenes

- **Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** nimmt Bezug auf die ihm übermittelte Bitte der Seniorenvertretung Bremen künftig als nicht stimmberechtigtes Mitglied an den Sitzungen der Deputation dauernd eingeladen zu sein und weist darauf hin, dass die Sitzungen der Deputation grundsätzlich öffentlich sind und die Unterlagen, soweit sie im öffentlichen Teil beraten werden, über die Homepage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz frei zugänglich sind.

Frau Dehne (SPD) teilt mit, dass aus Sicht der Fraktion der SPD die grundsätzliche Öffentlichkeit der Sitzungen für die Seniorenvertretung Bremen ausreichend ist, um an den Sitzungen teilnehmen zu können. Ferner merkt Frau Dehne an, dass sich bei einer Aufnahme der Seniorenvertretung Bremen als Mitglied dann auch die Frage nach weiteren Mitgliedern stellen würde. Der Bitte der Seniorenvertretung Bremen sollte daher nach Ansicht von Frau Dehne nicht zugestimmt werden.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, die Seniorenvertretung Bremen zwar nicht als Mitglied zu benennen, ihr aber informationshalber eine Einladung zukommen zu lassen, damit sie, wie jede bzw. jeder andere Interessierte auch, als Teil der Öffentlichkeit an den Sitzungen teilnehmen kann und, sofern sie in ihren Angelegenheiten betroffen ist, um das Rederecht bitten kann.

Herr Erlanson (DIE LINKE) ist mit dem Vorschlag von Frau Dr. Kappert-Gonther einverstanden.

Herr Bensch (CDU) spricht sich grundsätzlich dafür aus, der Bitte der Seniorenvertretung Bremen nachzukommen, er kann sich aber dem Vorschlag von Frau Dr. Kappert-Gonther anschließen.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) teilt mit, dass er mit dem Einverständnis der Fraktionen als Sprecher der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz die Seniorenvertretung Bremen entsprechend dem Vorschlag von Frau Dr. Kappert-Gonther informieren wird.

- **Herr Bensch (CDU)** erkundigt sich nach der Terminplanung 2018 für die Sitzungen der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Herr Dreyer (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz) teilt mit, dass die Terminplanung derzeit läuft und eine entsprechende Vorlage zur kommenden Sitzung vorgelegt wird.

- **Herr Bensch (CDU)** bittet zur nächsten Sitzung um einen Bericht über den Sachstand der augenärztlichen Notfallversorgung in Bremerhaven bei dem auch die „Bremerhavener Sicht“ dargestellt werden sollte.

- **Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)** bittet um Mitteilung, wann die nächste Sitzung des Tierschutzbeirats stattfinden wird.

Herr Staatsrat Kück teilt mit, dass die nächste Sitzung des Tierschutzbeirats am 21.11.2017 um 16:30 Uhr stattfinden soll.

Vorsitzender

Protokollführer